

Hartz IV

Richter sehen Reformbedarf

Jedes Jahr vermeldet das Bundessozialgericht (BSG) neue Rekordzahlen von Klagen zum Sozialgesetzbuch II (SGB II) – also zu Hartz IV. Im Januar schlugen die obersten Sozialrichter jetzt endgültig Alarm: Fast 175 000 neue Klagen in erster Instanz im Jahr 2008. „Reformen bringen immer Klärungsbedarf mit sich, aber das hat alle überrascht“, fasste BSG-Präsident Peter Masuch die Erfahrungen mit den Hartz-Gesetzen zusammen. Masuch richtete erstmals ungewöhnlich deutliche Worte an die Politik. Es müsse überlegt werden, „ob der Gesetzgeber durch Neuregelungen nicht mehr Klarheit schaffen kann“, sagte Masuch.

Soll heißen: Die Kasseler Richter halten eine „Reform der Reform“ für notwendig – um bisher im SGB II nicht eindeutig formulierte Hartz-IV-Regelungen zu korrigieren, die besonders häufig zu Klagen führen. Dazu gehören laut Masuch vor allem die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Berechnung von Leistungen sowie die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung. Auch die inzwischen

Trauriger Rekord

Neue Verfahren in erster Instanz zu Fragen des Sozialgesetzbuchs II („Hartz IV“) bei den Sozialgerichten



Quelle: Bundessozialgericht

Seit Einführung der Hartz-Gesetze ist die Zahl der Klagen gegen Hartz IV-Regelungen Jahr für Jahr sprunghaft gestiegen.

rund einhundert höchstrichterlichen Entscheidungen des Bundessozialgerichts zur Arbeitsmarktreform finden sich immer noch nicht im Gesetzestext wieder: Es gibt deutlichen Nachholbedarf für die Bundesregierung.

Aber nicht nur im Gesetzestext kommen die Entscheidungen des BSG nicht an – auch die für Hartz IV

zuständigen Stellen, die ARGEn, würden die Urteile oft weder zur Kenntnis nehmen noch umsetzen, kritisiert BSG-Vizepräsidentin Ruth Wetzel-Steinwedel. Ein Vorwurf, den die Bundesagentur für Arbeit (BA) postwendend zurückwies. Die BA achte jederzeit auf die „aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung“, erklärte ein Behördensprecher.

Trotzdem landen immer wieder Fälle zu Rechtsfragen vor deutschen Sozialgerichten, die längst vom BSG verhandelt und entschieden wurden. Die Schuld dafür trifft aber nicht die SachbearbeiterInnen und „FallmanagerInnen“ in den ARGEn, meint ver.di-Sprecher Jan Jurczyk. „Die Beschäftigten in den ARGEn sind völlig überlastet. Der Betreuungsschlüssel wird immer schlechter, während permanent neue Aufgaben auf die MitarbeiterInnen zukommen“, erklärt Jurczyk. „Darunter leiden Ratsuchende und Beschäftigte gleichermaßen.“

Die Bundesregierung sorgt aber weder beim Personalstand für Verbesserungen, noch stoppt sie die „Klageflut“ durch eine klarere Gesetzgebung. Stattdessen hat sie im letzten Jahr versucht, durch eine Reform des Sozialgerichtsgesetzes die Sozialgerichte zu entlasten: Unter anderem durch eine Anhebung der „Berufungssumme“, die den finanziellen Streitwert festlegt, ab dem KlägerInnen nach einer Niederlage in der ersten Instanz in Berufung gehen können. Und da es bei Hartz-IV-Klagen häufig um niedrige Streitwerte geht, könnten so immer mehr Betroffene die Möglichkeit zur Berufung in ihrem Streitfall verlieren. ●

plusminusBERLIN

+ Florian Toncar (FDP) fordert angesichts des aktuellen UN-Menschenrechtsberichts von der Bundesregierung mehr Anstrengungen im Flüchtlingsschutz. Probleme wie der fehlende Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus hätten längst gelöst sein müssen.

- CSU-Familienexperte Johannes Singhammer findet eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zwar gut, gleichzeitig müssten aber auch Familien mit „höherem Einkommen“ durch Steuerfreibeträge entlastet werden. Sonst würden „wieder einmal“ Familien getroffen, die „viel und hart arbeiten“.

Seite 2

Zu spät gemeldet

Über ein Drittel aller „Sperrzeiten“ beim Arbeitslosengeld wird nur deshalb verhängt, weil sich die Betroffenen nicht rechtzeitig als „arbeitsuchend“ melden

Seite 3

Zu wenig Investitionen

Wie viel einer Gesellschaft Bildung wert ist, zeigt sich vor allem in den Investitionen in das Bildungswesen – hierzulande scheinbar nicht viel

Seite 7

Neue Strategien

Neonazis fischen nicht mehr nur am gesellschaftlichen Rand, sondern richten ihre Agitation zusehends auf die Mitte aus. Das erfordert neue Strategien im Kampf gegen Rechts, meint Sebastian Wertmüller



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.youtube.com/ilotv
Youtube-Kanal der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Sonderinfo des DGB für BeamtenInnen über die Tarif- und Besoldungsrunde 2009

DGB - Aufruf

Naziaufmarsch stoppen

Die DGB-Region Dresden/Oberes Elbtal und das Kulturbüro Sachsen e.V. rufen am 14. Februar zur Demonstration „Geh denken“ in Dresden auf. Anlass ist der geplante Aufmarsch europäischer Rechtsextremisten zum Gedenken an die Bombardierung der Elbstadt im Zweiten Weltkrieg. Wie in den Vorjahren hoffen die Initiatoren von „Geh Denken“ darauf, die Nazi-Kundgebung „friedlich und entschlossen“ blockieren zu können.

Alle DemokratInnen müssten sich denen entgegen stellen, die die unveräußerlichen Menschen-



rechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen, heißt es im Aufruf zur Demonstration. Auf der zentralen Kundgebung werden unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sprechen.

www.geh-denken.de

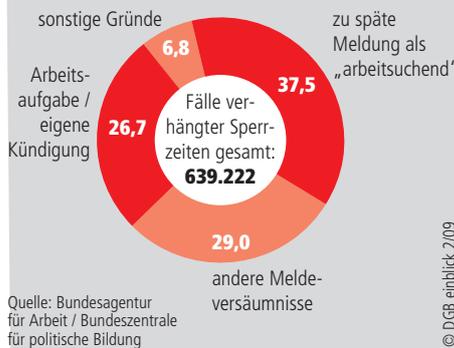
Leiharbeit

Kurzarbeit nutzen

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden auch die Kurzarbeitsregelungen neu gestaltet. Die von der aktuellen Wirtschaftskrise bereits betroffene Leiharbeitsbranche nutzt Kurzarbeit aber bisher kaum, um Entlassungen zu vermeiden. Nach Einschätzungen des

Ein Drittel meldet zu spät

Anteil der Gründe für verhängte Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld 2007 (in Prozent)



Über ein Drittel aller **Sperrzeiten**, bei denen die Arbeitsagenturen die Zahlung des Arbeitslosengeld I vorübergehend einstellen, wird nur deshalb verhängt, weil sich die Betroffenen vor ihrer Arbeitslosigkeit nicht rechtzeitig als „arbeitsuchend“ gemeldet haben. In manchen Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit (BA) gilt das sogar für etwa die Hälfte aller Sperrzeiten-Fälle.

Nach geltendem Recht müssen ArbeitnehmerInnen sich spätestens drei Monate vor einer möglichen Arbeitslosigkeit bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als arbeitsuchend melden – zum Beispiel wenn eine Kündigung vorliegt, aber auch, wenn ein befristeter Vertrag ausläuft und eine Weiterbeschäftigung noch nicht garantiert ist. Erfolgt diese Meldung zu spät, kann die BA eine „Sperrzeit“ verhängen: In der ersten Woche der Arbeitslosigkeit gibt es dann kein Geld.

Die Meldung kann telefonisch bei der BA abgegeben werden: 0180 1 555111 (Mo. bis Fr., 8 bis 18 Uhr, Festnetz 3,9 Cent/Min.)

Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die „Verleiher“ seit Frühjahr 2008 bereits bis zu 120 000 LeiharbeiterInnen entlassen, aber bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis zum Januar nur für 2300 Arbeitskräfte Kurzarbeit angemeldet. Das zeige, „dass die Branche der sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten nicht gerecht wird, im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen, die mit Kurzarbeit die schwierige Zeit zu überbrücken versuchen“, erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Stattdessen walze die Branche ihre Verantwortung „auf die Betroffenen und die Arbeitslosenversicherung ab“.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Ausbildungsmarkt

Schutzschild für Ausbildung

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt auch auf den deutschen Ausbildungsmarkt durch: 2008 wurden bereits fast 10 000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen als noch ein Jahr zuvor. Von den über 600 000 gemeldeten BewerberInnen, konnte gerade einmal die Hälfte eine betriebliche Ausbildung beginnen. Angesichts dieser Entwicklung würden die „üblichen Ankündigungen“ und Selbstverpflichtungen der Ausbildungspartners – Wirtschaft und

Politik – nicht mehr ausreichen, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Sie fordert einen „wirksamen Schutzschirm für Ausbildungsplätze“: Die Bundesregierung müsse unter anderem regionale und branchenbezogene Ausbildungsfonds finanziell fördern. Der Online-Newsletter „Ausbildung für alle“ der DGB-Jugend hat in der aktuellen Ausgabe die Ausbildungsbilanz 2008 analysiert.

Download: www.ausbildung-fuer-alle.de

EU-Kommission

EU stärkt sozialen Dialog

Ein Anfang Februar von der EU-Kommission vorgestellter Bericht weist den Sozialpartnern eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu. Funktionierende Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, gute Betriebsverfassungen und ein ausgeprägtes Tarifsystem „schaffen positive wirtschaftliche und soziale Ergebnisse, sowohl in Phasen des Niedergangs wie des Wachstums der Wirtschaft“, erklärte EU-Kommissar Vladimir Spidla bei der Vorstellung des Berichts. Der Staat solle über Arbeitsbedingungen, Ausbildung und aktive Arbeitsmarktpolitik nicht allein entscheiden. „Die Sozialpartner können hier eine wichtige Rolle spielen.“

Der Bericht online: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Pflege

Fünf statt drei Stufen

Ende Januar hat der „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ erstmals nach der Pflegereform 2008 einen Bericht mit Vorschlägen zur Neuordnung des Pflegesystems vorgelegt. Zentrale Punkte: Die Pflegebedürftigkeit soll künftig nicht mehr nach der erforderlichen Pflegezeit beurteilt werden. Stattdessen soll der „Grad der Selbstständigkeit“ der Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stehen. So soll etwa der tatsächliche Pflegeaufwand für Demenzkranke – die zwar wenige körperliche Einschränkungen

haben, sich aber dennoch nicht selbstständig versorgen können – besser berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Pflegestufen differenzierter gestaltet werden: Statt Pflegestufe I bis III sollen künftig fünf Pflegestufen eingeführt werden. Der DGB unterstützt die Vorschläge des Expertengremiums – und fordert zugleich „schnelle politische Konsequenzen“. Um die notwendigen Mehrleistungen finanzieren zu können, müsse die Pflegeversicherung in eine einheitliche „Bürgerversicherung für alle“ umgewandelt werden.

Viele Versprechen, wenig Investitionen

Wie viel einer Gesellschaft Bildung wert ist, zeigt sich vor allem in den Investitionen in das Bildungswesen. Hierzulande scheint der Stellenwert nicht hoch: Trotz Pisa-Schock, Bildungsgipfel und vieler schöner Politikerworte ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. „Wir müssen jetzt umsteuern“, fordert der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne.

Auf den ersten Blick sieht die Bilanz gar nicht so schlecht aus – nach dem jüngsten Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamts von Ende letzten Jahres sind die Ausgaben für Bildung in Deutschland in den vergangenen Jahren sogar gestiegen: 1995 wurden aus öffentlichen und privaten Quellen 128,2 Mrd. Euro aufgewendet, und bis 2006 sind diese Ausgaben auf 142,9 Mrd. Euro gestiegen. Allerdings: In dieser Zeit ist das BIP weiter gewachsen, und so bleibt auch der Anteil des Bildungsbudgets – bei dessen Berechnung über die Zahlen der OECD hinaus weitere Faktoren (etwa aus dem Bereich der Weiterbildung) berücksichtigt werden – am BIP rückläufig. Während 1995 das Bildungsbudget 6,9 Prozent des BIP ausmachte, waren es 2006 nur noch 6,2 Prozent.

Der größte Teil dieses Rückgangs beruht auf der Reduzierung der Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit. Aber auch in den anderen Bereichen – von der vorschulischen Bildung über allgemeine und berufliche Schulen bis zu den Hochschulen – ist entweder Stagnation oder ein Rückgang zu verzeichnen.

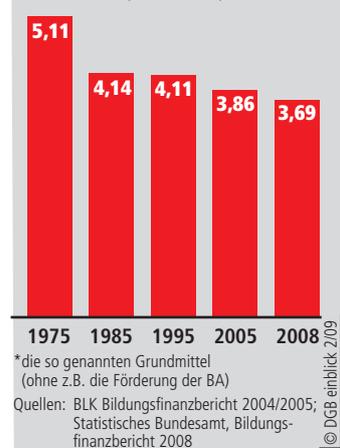
Ein Beispiel: Die öffentlichen Ausgaben für allgemein bildende und berufliche Schulen sind von 2000 bis 2007 von 46,7 Mrd. Euro auf 51,4 Mrd. Euro gewachsen. Auf den ersten Blick sieht das nach einer beeindruckenden Steigerung um 9,9 Prozent aus. Doch angesichts von etwa 12 Prozent Inflation im selben Zeitraum handelt es sich de facto um eine Ausgabenkürzung.

Fazit: An der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems hat sich auch nach dem Pisa-

Schock nichts geändert. Insgesamt sind die Bildungsausgaben rückläufig. Und auch der Bildungsgipfel im letzten Herbst und das von der Kanzlerin beschworene hehre Ziel von der „Bildungsrepublik Deutschland“ haben keinen Kurswechsel gebracht. So wurde auf dem Bildungsgipfel zwar vereinbart, dass bis 2015 der Anteil der

Immer weniger für Bildung

Anteil öffentlicher Bildungsausgaben* am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland (in Prozent)



öffentlichen Bildungsausgaben am BIP um 0,8 Prozent steigen soll, aber es wurden keine verbindlichen Vereinbarungen getroffen, um im OECD-Ranking besser dazustehen. Danach hinkt Deutschland seit Jahrzehnten hinterher. Während Länder wie Norwegen oder Schweden 7,0 Prozent des BIP für Bildung aufwenden, sind es nach OECD-Berechnungen hierzulande gerade mal 4,5 Prozent.

Herausgekommen ist auf dem Bildungsgipfel neben der vagen Finanzausgabe für das Jahr 2015 lediglich, dass eine Arbeitsgruppe bis nach der Bundestagswahl 2009

Optionen für mehr Investitionen im Bildungssektor prüfen soll. Die Ministerpräsidenten der Länder konnten sich nicht mal darauf einigen, dass die durch den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen freiwerdenden Mittel im Bildungsbereich verbleiben. Unter dem Strich sei das ein weiterer Freibrief für Kürzungen im Bildungsetz,

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist kontinuierlich gesunken. Um die Ausgabenquote von 1975 zu erreichen, wäre eine Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben um 35,3 Mrd. Euro notwendig (plus 38 Prozent). Um wenigstens die Quote von 1995 zu erreichen, müssten 10,3 Mrd. Euro zusätzlich ausgegeben werden (plus 11 Prozent). Selbst bei einer solchen Steigerung der Ausgaben würde Deutschland im internationalen Vergleich noch weit von einem Spitzenplatz entfernt sein. Nach den OECD-Berechnungen betrug 2005 der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP in Deutschland 4,5 Prozent (OECD-Schnitt: 5,4 %, Schweden: 7,0 %). Die niedrigeren Zahlen in der Grafik rühren daher, dass hier lediglich die so genannten Grundmittel berücksichtigt wurden – nur so lassen sich langfristige Vergleiche erstellen.

wertet der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Ein weiteres Mal zeige sich, dass der Bildungsföderalismus in Deutschland sich als Hemmschuh für die Beseitigung der chronischen Unterfinanzierung der Bildung erweise. Die von der Föderalismuskommission geplante „Schuldenbremse“ werde dazu beitragen, den Handlungsspielraum der Länder weiter einzuschränken. Thöne stellt klar: „Statt vager Finanzversprechen brauchen wir jetzt schnelle und massive Investitionen von Bund und Ländern – um den Anschluss an die anderen europäischen Staaten nicht zu verlieren.“

Konjunkturpaket II reicht nicht

Das Konjunkturpaket II des Bundes stellt den Kommunen und Ländern rund 6,5 Mrd. für überfällige Sanierungsmaßnahmen von Schulen, Kitas und Hochschulen zur Verfügung. Aus Sicht der Gewerkschaften ist das zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht ausreichend. So besteht nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik bis 2020 allein ein Investitionsbedarf von rund 73 Milliarden Euro für Sanierung und energetische Nachrüstung in den 44 000 deutschen Schulen.

„Die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen ist wichtig, es reicht aber nicht aus, in Dächer und Gebäude zu investieren“, erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Einen wirksamen „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ werde es auf Dauer nur geben, wenn in die Menschen investiert wird.

Sehrbrock fordert neben der kurzfristigen Stärkung der Binnenwirtschaft und Investitionen in die Infrastruktur „ein Investitionspaket Bildung“ als „dritte Säule eines Stabilisierungsprogramms für unsere Wirtschaft“:

„Bund, Länder und Kommunen müssen mindestens 30 Milliarden Euro – Investitionen in Gebäude nicht mitgerechnet – pro Jahr zusätzlich investieren, um bei den Bildungsausgaben Anschluss an europäisches Spitzenniveau zu erreichen.“

Weltsozialforum

Globaler Aktionstag

Weltweit werden derzeit „Konjunkturpakete“ beschlossen – in der Hoffnung, sie mögen die Folgen der internationalen Finanzkrise mindern. Der Ursprung der Krise – die weitgehende Deregulierung der Finanzmärkte – wird hingegen lediglich mit wenigen „kosmetischen Veränderungen“ überdeckt.

Die TeilnehmerInnen des Weltsozialforums (WSF) in Belém/Brasilien haben sich deshalb dafür entschieden, mit einem globalen Aktionstag am 28. März ihrer Forderung nach einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung Nachdruck zu verleihen. In Deutschland ruft Attac am Aktionstag unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ zu Protestkundgebungen in Berlin und Frankfurt/Main auf, die die Forderungen des WSF aufgreifen sollen: Die in Belém vertretenen sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) haben sich in einer Abschlusserklärung unter anderem dafür ausgesprochen, das internationale Finanzsystem in öffentlichen und demokratischen Strukturen zu

überwachen. Außerdem soll ein Mechanismus zur Streichung der Schulden von „Dritte-Welt-Ländern“ etabliert werden.

Das 2001 erstmals organisierte Weltsozialforum ist eine von NGOs und internationalen Gewerkschaften getragene Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos. •

Die Abschlusserklärung zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Arbeit und Leben

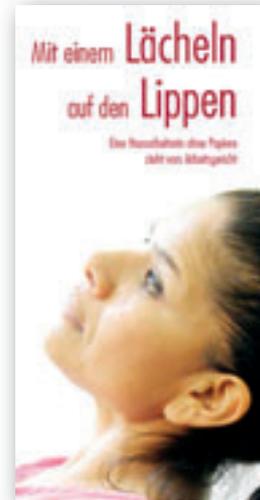
Arbeitsrecht und Wirtschaftskrise

Das deutsche Arbeitsrecht ist komplex – und fast täglich fällen Arbeitsgerichte Entscheidungen, die für betriebliche Interessenvertretungen von großer Bedeutung sein können. Für Betriebs- und Personalräte ist es deshalb nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. Hilfe bietet Arbeit und Leben NRW mit dem „Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr“ am 23. April in Essen. In Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten und Richtern sollen ArbeitnehmervertreterInnen praxisnah über aktuelle und bedeutsame Arbeitsrechtsentscheidungen informiert werden. Angesichts der



Ein Tag im Sommer

2007: In einer Hamburger Beratungsstelle für MigrantInnen taucht Ana S. auf. Die Lateinamerikanerin arbeitet seit drei Jahren als unterbezahlte und ausgebeutete Hausangestellte bei einer deutschen Familie – sie hat keinen Aufenthaltstitel und keine Papiere. Die „ambulante Betreuung für Migrantinnen“ des Hamburger Vereins Verikom und die Gewerkschaft ver.di nehmen sich des Falls an: Ana S. zieht schließlich, obwohl sie als „Illegale“ in Deutschland lebt, vors Arbeitsgericht. Die Filmemacherin Anne Frisius hat Anas Fall begleitet und erzählt



ihre Geschichte im Dokumentarfilm *Mit einem Lächeln auf den Lippen*. Die Botschaft des Films: Auch „Illegale“ haben Rechte – und es lohnt sich, für diese Rechte zu streiten: Nicht zuletzt, um Menschen mit einem ähnlichen Schicksal Mut zu machen.

Premiere des Films ist am 22. Februar im Kino Babylon in Berlin (Rosa-Luxemburg-Straße 30, 13.30 Uhr). Der Eintritt ist frei. „Mit einem Lächeln auf den Lippen“ kann außerdem für 35 Euro (für private Einzelbezieher nur 25 Euro) zuzüglich Versandkosten online bestellt werden: www.kiezfilme.dellaecheln

internationalen Finanzkrise steht das Thema „Arbeitsrecht bei Unternehmenskrisen“ im Mittelpunkt der Veranstaltung – weitere Themen sind unter anderem befristete Beschäftigung und Mobbing. • www.aulnrv.de

Symposium

Tarifvertragsgesetz wird 60

Ein runder Geburtstag: Das Tarifvertragsgesetz wird im April 60 Jahre alt. Während das Gesetz sich seit 1949 kaum verändert hat, hat sich die Tarifstruktur in Deutschland seitdem stark gewandelt. Das „Tarifpolitische Symposium“ von Hans-Böckler-Stiftung und DGB zieht am 23. und 24. April in Berlin kritisch Bilanz. VertreterInnen aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Politik und Wissenschaft diskutieren über die historische Entwicklung, derzeitige Probleme und künftige Perspektiven der Tarifpolitik in Deutschland. Im Zentrum steht die Frage: Wie kann das Tarifsystem „re-stabilisiert“ und weiterentwickelt werden? Zu den Referenten gehören unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sowie Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD). •

www.boeckler.de

interregio

••• Der **DGB NRW** informiert am 17. Februar in Bochum über die aktuelle **Förderperiode** (2007 bis 2013) **des EU-Fonds** für regionale Entwicklung (EFRE). Allein für das Land Nordrhein-Westfalen stehen 1,3 Milliarden Euro Fördermittel bereit. Gegenüber den vorangegangenen EFRE-Programmen sind die Förderbedingungen in der aktuellen Periode von der EU völlig neu konzipiert worden. Nach zwei Jahren zieht der DGB eine erste Bilanz: Wie können sich Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an EFRE-Projekten beteiligen? Welche Erfahrungen gibt es bisher mit dem neu konzipierten

Fonds? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für weitere Projekte bis 2013? Diese und andere Fragen diskutiert der DGB gemeinsam mit ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Anmeldung bis zum 11. Februar:

Melanie.Balazs@dgb.de, Stichwort „EFRE“

••• **TRANSNET** und der **DGB Berlin-Brandenburg** protestieren massiv gegen die öffentliche **Ausschreibung des Schienen-Regionalverkehrs** in Berlin und Brandenburg. Der Hintergrund: Die ausgeschriebenen Strecken sind in vier einzelne Ausschreibungen, so genannte „Lose“, unterteilt. Wer den Zuschlag beim ersten „Los“

erhält, kann sich um die weiteren nicht mehr bewerben. Der bisherige Anbieter, die Deutsche-Bahn-Tochter „DB Regio“, hat also nicht mehr die Chance, erneut den Auftrag für alle ausgeschriebenen Strecken zu erhalten. Für DB Regio bedeute das, „dass garantiert Arbeitsplätze wegfallen werden“, kritisiert der DGB Berlin-Brandenburg. TRANSNET und DGB rufen deshalb zur Teilnahme an Protest-Demos auf, die vor die Berliner Parteizentralen von CDU und SPD ziehen. Die erste Demonstration ist für den 16. Februar geplant – weitere folgen am 2., 9. und 12. März.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Kurzarbeit hilft, Entlassungen zu vermeiden.

Viele denken, Kurzarbeit sei nur etwas für große Unternehmen. Doch auch kleine und mittlere Betriebe jeder Branche können bei schlechter Geschäftslage dieses Mittel nutzen:

- Die Agentur für Arbeit übernimmt einen Teil des Lohnes – das Kurzarbeitergeld.
- Kurzarbeitergeld kann jetzt 18 Monate lang ausbezahlt werden, nicht mehr nur 6 Monate.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vor Arbeitslosigkeit bewahrt, weil das Unternehmen auch ohne Entlassungen Kosten senken kann. Eingespielte Teams bleiben erhalten und können sich mit Unterstützung der Agentur für Arbeit weiterqualifizieren. So sind sie in der Lage, nach gemeinsam gemeisterten schlechten Zeiten sofort wieder mit voller Kraft durchzustarten.

Mehr Informationen erhalten Sie beim Infotelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 01805 6767-12* oder unter www.einsatz-fuer-arbeit.de. *Festnetzpreis 14 Ct/Min; Mobilfunkpreise abweichend.

EINSATZ FÜR ARBEIT.



**Bundesagentur
für Arbeit**



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

kurz & bündig



Die GEW kritisiert die dezentralen Regelungen bei der Hochschulzulassung und fordert stattdessen ein Bundesgesetz, um den Hochschulzugang einheitlich zu gestalten. Den BewerberInnen drohe sonst im Herbst erneut ein Zulassungschaos. Außerdem müssten mehr Studienplätze geschaffen und der Numerus Clausus abgeschafft werden, um genug wissenschaftliche Fachkräfte auszubilden.



ver.di fordert angesichts des Urteils des Bundessozialgerichts zu den Hartv-IV-Regelsätzen für Kinder die Ausweitung der Schulbedarfsätze für Kinder und Jugendliche. Der Schulbedarfsatz müsse auch in der Oberstufe gezahlt werden.



Die IG Metall-Jugend hat die Kampagne „Operation Übernahme“ gestartet. Hintergrund: Viele junge ArbeitnehmerInnen seien in prekären und befristeten Verhältnissen beschäftigt, andere würden nach der Ausbildung oft nicht von den ausbildenden Unternehmen übernommen.
www.operation-uebernahme.de



Die GdP fordert eine durchgängige, schulbegleitende Verkehrserziehung, um junge Menschen zu verantwortungsvollen VerkehrsteilnehmerInnen auszubilden. Dass die Verkehrserziehung bisher in der Grundschule ende, also bevor die meisten SchülerInnen aktiv am Straßenverkehr teilnehmen, sei nicht sinnvoll.

DGB Bayern

Kein Mindestlohn-Volksbegehren

Ungeachtet der 239 000 gesammelten Unterschriften hat der bayerische Verfassungsgerichtshof das vom DGB Bayern angestrebte Volksbegehren für einen Mindestlohn im Freistaat für unzulässig erklärt. Zuvor hatte das bayerische Innenministerium das Volksbegehren untersagt, der Gewerkschaftsbund klagte. Trotz der Ablehnung sieht sich der DGB angesichts der

überwältigenden Zustimmung in der Bevölkerung als „Sieger in der Sache“. Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser stellte klar, dass das Gericht nicht über den Mindestlohn selbst entscheiden habe. Vielmehr habe bei der Urteilsbegründung das konkurrierende Bundesrecht im Fokus gestanden. In der Sache habe das Gericht nichts entschieden. •

Rechtsstreit

Fulda-Urteil aufgehoben

Der Rechtsstreit um eine 1.-Mai-Aktion von GewerkschafterInnen in Fulda hat ein Ende: 2007 hatte der DGB bei einer Satireaktion im Rahmen der Maikundgebung ein Bild des in der Region aktiven Unternehmers Lutz Helmig (ATON Beteiligungsgesellschaft) wegen Lohndumpings und Tarifflicht symbolisch an den Pranger gestellt. Daraufhin verklagte Helmig insgesamt sechs GewerkschafterInnen – unter anderem wegen Beleidigung. In erster Instanz wurden sie zu einer Zahlung von 15 000 Euro Schmerzensgeld verklagt und gingen in Berufung. Das Verfahren vor dem

Oberlandesgericht Kassel endete jetzt mit einem Vergleich: Ein Schmerzensgeld wird nicht gezahlt, die Prozesskosten werden geteilt, und die GewerkschafterInnen verzichten darauf, eine identische Aktion wie 2007 noch einmal durchzuführen. Das Bild von Helmig darf aber – da er als „relative Person der Zeitgeschichte“ gilt – auch weiterhin ohne Zustimmung für politische Aktionen gebraucht werden. •

Gewerkschaften 2009

Gute Arbeit international

2009 wird aus gewerkschaftlicher Sicht auch auf internationaler Ebene ein bedeutendes Jahr: Ende März wird es beim Gewerkschaftstreffen

(„Trade Union Summit“) im Umfeld des G20-Gipfels in London um die Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gehen – mit sozialem Anstrich und guter Arbeit. Im Oktober feiert der DGB nicht nur sein sechzigstes Jubiläum in Berlin (5.10.) gleichzeitig sind auch GewerkschafterInnen aus aller Welt in Berlin zu Gast: Vom 5. bis 8. Oktober findet dort das diesjährige Exekutiv-Treffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) statt. Am 7. Oktober, an dem zum zweiten Mal der Welttag für menschenwürdige Arbeit begangen wird, sind deshalb ebenfalls zentrale Veranstaltungen in Berlin geplant. •

Mehr internationale Termine:
www.einblick.dgb.de/termine

Discounter

Lidl verschärft Druck

Dass die Arbeitsbedingungen bei Lidl nicht gerade „guter Arbeit“ entsprechen, das belegte nicht zuletzt die „Spitzelaffäre“ aus dem vergangenen Jahr. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) beobachtet jetzt mit Sorge eine neue Strategie des Unternehmens. Über sein Kerngeschäft hinaus steigt Lidl vermehrt selbst in die Lebensmittel- und Getränkeproduktion ein. Wie die Arbeitsbedingungen bei solchen Lidl-Produzenten aussehen, hatte der Journalist Günter Wallraff 2008 in einer verdeckten Recherche bei einer Lidl-Bäckerei aufgedeckt: unwürdige Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne und ein arbeitgebergesteuerter Betriebsrat. Mit der neuen Rolle als Produzent gefährde Lidl Standorte und Arbeitsplätze etablierter Hersteller, erklärte der stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster. Mehr Informationen gibt es auf der Internetseite der „Supermarkt-Initiative“, mit der 20 Verbände, darunter die NGG, ver.di und die IG BAU, das Wirken der großen Supermarktketten kritisch unter die Lupe nehmen. •

www.supermarktmacht.de

Mit zwei verschiedenen Postkartenmotiven werben DGB, IG BAU, IG BCE, IG Metall und ver.di für die Initiative Schule und Arbeitswelt. Im Rahmen dieser Initiative engagieren sich Eltern, LehrerInnen, Betriebsräte, AusbilderInnen und GewerkschafterInnen für eine bessere Kooperation zwischen Schule und Arbeitswelt und eine bessere Schule für alle. Die Initiative stellt sich auch auf der Bildungsmesse „didacta 2009“ vom 10. bis 14. Februar in Hannover vor. Die Postkarten können beim DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung bestellt werden. 50 Karten (Mindestbestellmenge) kosten fünf Euro plus Versandkosten. Bestellungen: tanja.ebel@dgb.de, mehr Infos: www.schule.dgb.de



Kampf gegen Rechtsextremismus

NPD-Verbot ist noch keine Strategie

Neonazis fischen nicht mehr nur am gesellschaftlichen Rand, sondern richten ihre Agitation zusehends auf die politische Mitte aus. Das erfordert neue Akzente und Strategien im gewerkschaftlichen Kampf gegen Rechts. Sebastian Wertmüller, Vorsitzender der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, fordert deshalb mehr Partizipation und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema – auch in den eigenen Reihen.

Wenn sich in unserer Republik Rechtsextremisten, Neonazis und Rassisten auf die Straße wagen, sind DGB und Gewerkschaften bei Protesten und Aktionen ganz vorne dabei. Ob in Nürnberg, in Dresden, in Delmenhorst, in Köln und – wie am 1. Mai 2009 – in Hannover. Häufig haben wir die Federführung, und **viele Aktionen und Bündnisse würde es ohne uns gar nicht erst geben.** Wir machen das aus der historischen Verpflichtung heraus, oder weil wir uns als überzeugte Antifaschisten verstehen oder weil es eben gemacht werden muss.

Genauso wildwüchsig wie die Motivation ist oft die Ausführung: uneinheitlich und unklar in Zielrichtung und Position und so verstaubt wie der Antifaschismus der 70er Jahre mit seiner „Keinen Fußbreit“-Rhetorik. Meist ohne Beteiligung von MigrantInnen ziehen wir durch die Straßen, und fast schon fanatisch fordern wir ein Verbot der NPD – was sinnvoll ist, aber in Anbetracht einer veränderten Naziszene keine Antwort und erst recht keine Strategie ist.

Den Rechtsextremismus als Phänomen der Mitte der Gesellschaft thematisieren wir gerne, bleiben aber doch meist bei platten Verallgemeinerungen stecken. Die Balken im eigenen Auge nehmen wir manchmal erst wahr, **wenn wir mit dem Kopf bzw. mit einer Umfrage darauf gestoßen werden.** Ich erinnere an ausländerfeindliche Tendenzen und rechtes Wahlverhalten, die sich durchaus auch in unserer Mitgliedschaft finden. Unsere Beschlusslage ist da zwar eindeutig, das alleine garantiert aber nicht immer eine entsprechende Praxis.

Dabei genießen die Gewerkschaften einen großen Vertrauensvorsprung, wenn es um den Kampf

gegen Rechts geht: **Wir gelten als authentisch, bündnis- und aktionsfähig.** Im Gegensatz zu den Parteien und anderen Organisationen wird uns eine führende Rolle zugestanden, ja sie wird geradezu abgefordert. Daraus lässt sich mehr machen, und das sollten der DGB und die Gewerkschaften ran.

! Wir sollten nicht nur auf Naziaufmärsche reagieren, sondern aktiv mit der Thematik umgehen: So lassen sich Menschen für die gewerkschaftliche Arbeit gewinnen, die wir über andere Wege nur schwer gewinnen können.

! Wir müssen in der Mitte der Gesellschaft agieren und Rassismus und Antisemitismus dort zum Thema machen: Wir müssen Auseinandersetzungen auch dann führen, wenn es ungemütlich wird und es Widerstände gibt.

! Wir müssen kommunale und regionale Aktionspläne einfordern sowie die Länder und den Bund mehr in die Pflicht nehmen. Unsere Kompetenz in der Bildungsarbeit ist gefragt, sie sollte auch unterstützt werden.

! Unsere eigene Arbeit muss (selbst)kritisch begleitet werden: Wir dürfen weder mit falschen Bildern arbeiten („Heuschrecken“) noch einen falsch verstandenen „Standortnationalismus“ befördern, sondern müssen dagegen angehen. Der Kampf gegen Rechts kann nicht der gewerkschaftlichen Jugendarbeit allein überlassen werden.

! Wir müssen neue Angebote der Partizipation in Betrieb und Gesellschaft entwickeln: Wer real mit gestalten kann, ist weniger anfällig für autoritäre Lösungen und sieht in KollegInnen mit Migrationshintergrund keine Bedrohung. Mehr Demokratie – auch in der eigenen Organisation – ist eine Antwort auf autoritäres und nazistisches Denken.

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist **eine große Chance für den DGB und die Gewerkschaften** und ist notwendiger denn je: Mit ihren neuen Themen wie der Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, ihrer Anbiederung an die Arbeiterbewegung und ihrer vermeintlich linken Rhetorik werden Rechtsextreme zu einer realen Bedrohung. Manche Wahlergebnisse und die zunehmenden Gewalttaten der rechten Szene machen das deutlich.

Wenn die Gewerkschaften hier ihrem gesellschaftlichen Auftrag noch besser nachkommen, tut es sowohl uns wie auch der demokratischen Gesellschaft nur gut. Und neue Mitglieder, die wegen unseres klaren antifaschistischen Profils zu uns stoßen, können wir nur auf das Herzlichste begrüßen. ●



Sebastian Wertmüller, 48, ist DGB-Vorsitzender der Region Niedersachsen-Mitte. Seit seinem 17. Lebensjahr engagiert sich der gelernte Sozialarbeiter aktiv gegen Rechts.

Bunt statt braun

Die Zeiten, in denen Neonazis mit Springerstiefeln und Glatzkopf leicht auszumachen waren, sind vorbei.

Seit einigen Jahren setzt die extreme Rechte in der

Öffentlichkeit auf Kapitalismuskritik und vermeintlich linke Rhetorik. Für den

1. Mai 2009 haben militante Neonazis in Hannover eine

Kundgebung unter dem Motto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdictatur – Nationaler Sozialismus jetzt!“

angemeldet. Gemeinsam mit

einem breiten Aktionsbündnis macht der DGB unter

dem Motto „bunt statt braun. Kein Meter –

Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch“ mobil. Kundgebung und Demo sollen ein

Zeichen für Demokratie und Toleranz setzen. Die DGB-

Region Niedersachsen-Mitte kann dabei auf bewährte

Strukturen zurückgreifen. Mit einem eigenen „Hand-

lungskonzept Rechtsextremismus“ integriert die

Region den Kampf gegen Neonazis in den gewerk-

schaftlichen Alltag.

Ein weiterer wichtiger Termin im Kampf gegen Rechts,

ist die Demonstration „GEH DENKEN“ am 14. Februar in

Dresden. DGB und Bündnispartner rufen zur Teilnahme

gegen den geplanten Neonaziaufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung

Dresdens auf (siehe Seite 2).

Im Internet

<http://erstermai-hannover.dgb.de>
www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de

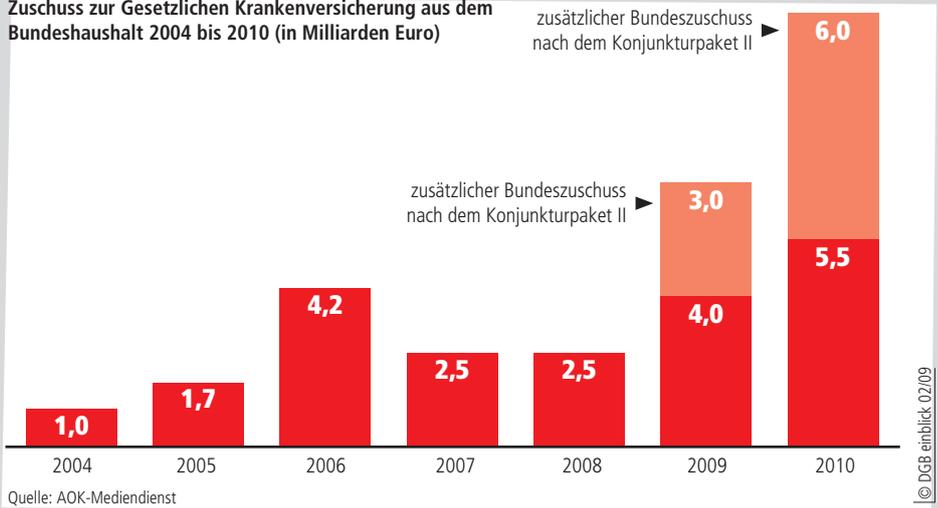
DIES & DAS

dieDGBgrafik

KRANKENVERSICHERUNG: Bundeszuschuss steigt deutlich

Seit der Gesundheitsreform 2004 erhält die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) einen Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt. Die Reform sah ursprünglich ab 2006 einen fixen Betrag von 4,2 Milliarden Euro jährlich vor – seitdem ging es mit dem Steuerzuschuss erst ab-, jetzt wieder aufwärts: Da im Rahmen des Konjunkturpakets II die Krankenversicherungsbeiträge sinken, gibt es allein in 2009 und 2010 insgesamt 9 Milliarden Euro „Extra-Zuschuss“.

Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Bundeshaushalt 2004 bis 2010 (in Milliarden Euro)



personalien

- **Marco Frank**, 39, bisher politischer Referent im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Februar als Mutterschutz-/ Elternzeitvertretung Referent im Bereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen.
- **Volkmar Lübke**, 61, seit 1980 für verschiedene Verbraucherorganisationen tätig, ist ab dem 1. April Koordinator des Netzwerks für Unternehmensverantwortung CoRA, in dem neben rund 40 weiteren Organisationen unter anderem IG Metall und ver.di mitwirken.
- **Sigrid Wolff**, 37, Juristin, bisher Leiterin der Pressestelle und Pressesprecherin des Bundesvor-

standes von Bündnis 90/Die Grünen, ist seit dem 1. Januar externe Kommunikationsberaterin des DGB-Vorstandes.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 9.2. DGB, Auftaktveranstaltung der Aktionswochen zur Alterssicherung „Alle unter einem Schirm“ mit DGB-Vorstand Annelie Buntenbach und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, Leipzig
- 10.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Neues an der Verteilungsfront. Absturz in die Ungleichheit?“, Frankfurt/Main

- 10.-14.2. didacta 2009, Bildungsmesse, Hannover
- 11.2. IG Metall, Konferenz „Stark mit neuen Mitgliedern in bewegten Zeiten! Was haben wir 2008 erreicht? Was nehmen wir uns für 2009 vor?“, Berlin
- 12.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Zukunft der Berufsbildung“, Düsseldorf
- 12.2. DGB Hamburg, Demonstration „Finanzcasino schließen!“, Hamburg
- 12.2. Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten
- 12./13.2. Hans-Böckler-Stiftung, Colloquium des wissenschaftlichen Nachwuchses zum Arbeits- und Sozialrecht, Erfurt

- 14.2. DGB Bayern und DGB-Jugend Bayern, Fachtagung „Rechtsextremismus in Bayern – ein gewerkschaftliches Handlungsfeld“, München
- 14.2. „Geh Denken“, Demonstration gegen Europas größten Nazi-Aufmarsch, Dresden
- 18.2. ver.di, Diskussion „Die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen im Zeichen der Finanzkrise“, Berlin
- 19./20.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Gleichstellung von Männern und Frauen – Gender Mainstreaming in der Praxis“, Würzburg
- 20.2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Für einen Krisenmanager, also für jemanden, der statt einem Schlagerstar oder einem Fußballer eine Krise zu managen hat, hat das Wohlergehen der Krise höchste Priorität. So gesehen handelt es sich bei der von Frau Merkel so trefflich geleiteten Bundesregierung um das wahrscheinlich erfolgreichste Krisenmanagement der Welt.“

Der Kabarettist Volker Pispers am 27. Januar auf WDR 2

Philipp Holzmann AG

Sanierungsarbeiten ohne Lohn

Nach dem Sanierungstarifvertrag der Philipp Holzmann AG vom 10. April 2000 bestand bei einem Scheitern der Sanierung kein Vergütungsanspruch für die geleisteten Sanierungsarbeitsstunden.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 8. Oktober 2008 - 5 AZR 8108**

Weihnachtsgeld

Auch für Telekom-Beamte

Die Streichung des Weihnachtsgeldes für Telekom-Beamte ist verfassungswidrig. Es ist unzulässig, einzelne Gruppen von Bundesbeamten ohne hinreichenden sachlichen Grund vom Weihnachtsgeld auszuschließen. Dass die Deutsche Telekom AG als privatwirtschaftliche Gesellschaft im Wettbewerb steht und bestrebt ist, alle bei ihr beschäftigten Mitarbeiter nach einheitlichen Grundsätzen zu entlohnen, ist kein ausreichender Grund dafür, die Besoldung der von der ehemaligen Deutschen Bundespost übernommenen Beamten einzuschränken.

**Bundesverwaltungsgericht,
Beschluss vom 11. Dezember 2008 - 2 C 121.07**

Gewerkschaftswerbung

Über betriebliche E-Mail ist erlaubt

Eine tarifzuständige Gewerkschaft darf sich an Arbeitnehmer über deren betriebliche E-Mail-Adressen mit Werbung und Informationen wenden. Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber den Gebrauch der E-Mail-Adressen zu privaten Zwecken untersagt hat. Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen, ist Teil ihrer Betätigungsfreiheit, die durch das Grundgesetz geschützt wird.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. Januar 2009 - 1 AZR 515/08**

Ausbildungsbetrieb

Einsatz ist Einstellung

Werden Auszubildende eines reinen Ausbildungsbetriebs zum Zwecke ihrer praktischen Ausbildung vorübergehend in einem anderen Betrieb eingesetzt, so stellt das für diesen Betrieb eine Einstellung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes dar, die der Zustimmung des dort gewählten Betriebsrats bedarf.

**Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 30. September 2008 - 1 ABR 81/07**

Unfallversicherung

Ohne Schutz auf Reiterhof

Kinder und Jugendliche, die ihre Freizeit auf einem Reiterhof verbringen, stehen bei der Versorgung der Pferde und beim Stalldienst in der Regel nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, denn sie werden bei diesen Tätigkeiten nur in Ausnahmefällen "wie ein Beschäftigter" tätig. Sie wollen vielmehr in enger Beziehung zu Pferden gemeinsam mit anderen ihre Freizeit verbringen. Dabei wird der enge Kontakt mit den Tieren nicht nur beim Reiten hergestellt, sondern gerade auch bei deren Versorgung.

**Landessozialgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 13. Dezember 2007 - L 1 U 56/06**

Praktikum

Kann Arbeitsverhältnis sein

Überwiegt in einem Praktikanten-Verhältnis die Arbeitsleistung gegenüber dem Ausbildungszweck, ist der Beschäftigte unabhängig von der Bezeichnung im Vertrag Arbeitnehmer und so zu vergüten.

Der Fall: Der Mann schloss eine als Praktikantenvertrag bezeichnete Vereinbarung. Die vertragliche wöchentliche Anwesenheitszeit betrug 38,5 Stunden, die Vergütung 200 Euro monatlich. Der Arbeitgeber stellte dem Mann für den Fall des erfolgreich absolvierten Praktikums einen Ausbildungsplatz für eine 18-monatige Ausbildung zum Altenpflegehelfer in Aussicht.

Der „Praktikant“ wurde in den Dienstplänen geführt und erbrachte die Tätigkeiten eines Wohnbereichshelfers. Nach Auslaufen der Vereinbarung bot der Arbeitgeber dem Mann keinen Ausbildungsvertrag an. Dieser klagte daraufhin für die Vertragslaufzeit die übliche Vergütung ein. Die Klage hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Auch wenn die Vereinbarung als Praktikum bezeichnet wurde, handelte es sich in Wirklichkeit um ein Arbeitsverhältnis. Der Mann war in den Betrieb eingegliedert und hatte nach Weisung examinierter Pflegekräfte zu arbeiten. Darüber hinaus bestand ein Missverhältnis zwischen der eigentlichen Ausbildungsdauer zum Altenpflegehelfer und der Dauer des angeblichen Praktikums.

Da zwischen den Parteien ein Arbeitsverhältnis bestand, war die Vergütungsvereinbarung über monatlich 200 Euro unwirksam. Der Arbeitgeber muss die für einen Wohnbereichshelfer übliche Vergütung nachzahlen.

**Arbeitsgericht Kiel,
Urteil vom 19. November 2008 - 4 Ca 1187d/08**

Ehrenamtliche Richter

Bei Gleitzeit keine Zeitgutschrift

Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, die in Gleitzeit arbeiten, haben keinen Anspruch auf Zeitgutschrift, wenn sie als ehrenamtliche Richter während der Gleitzeit tätig werden.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin ist in einem Landkreis mit einer Arbeitszeit von 35 Stunden/Woche in Teilzeit beschäftigt. Sie nahm an einem Donnerstag ihr Amt als ehrenamtliche Richterin beim Landesarbeitsgericht von 8.30 bis 15.00 Uhr wahr. Die Fahrzeit von ihrem Wohnort zum Gericht und zurück war 30 Minuten länger als zu ihrer Arbeitsstelle. Für Donnerstag gilt jeweils eine Normalarbeitszeit von 07.30 Uhr bis 15.30 Uhr und eine Kernarbeitszeit von 4 Stunden zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr. Der Landkreis hat der Angestellten für diesen Tag auf ihrem Arbeitszeitkonto vier Stunden gutgeschrieben. Die Arbeitnehmerin hat eine Gutschrift von drei weiteren Arbeitsstunden verlangt. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes dürfen von Arbeitnehmern, denen ein Arbeitszeitmodell Zeitsouveränität einräumt, ohne Verstoß gegen das gesetzliche Benachteiligungsverbot verlangen, staatsbürgerliche Pflichten und damit auch eine Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter soweit wie möglich außerhalb der Arbeitszeit wahrzunehmen. Dafür müssen diese Arbeitnehmer auch Gleitzeit in Anspruch nehmen, ohne von ihrem Arbeitgeber einen Stundenausgleich zu erhalten. Es ist in erster Linie Aufgabe des Staates, den ehrenamtlichen Richtern eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung zu gewähren.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. Januar 2009 - 6 AZR 78/08**